

3 Was tun?

Aus der Sicht der Klimaforscher

Die Wissenschaft ist fast einhellig der Auffassung, dass der Klimawandel menschengemacht ist.

Es gibt einige, die nicht mehr daran glauben, ihm könne noch Einhalt geboten werden. Doch andere finden, bei sofortigem Handeln könne man noch etwas erreichen. Aber auch letztere gehen davon aus, die letzte Chance, den Klimawandel in erträglichen Grenzen zu halten, könne nur dann gelingen, wenn bis Mitte des Jahrhunderts die CO₂-Emmissionen den Wert Null erreichen, also weltweit Klimaneutralität herrsche. Das sind die Optimisten. Das Pariser Klimaabkommen von 2015 gibt vor, bis Ende des Jahrhunderts müsse der Anstieg der Erderwärmung bei 2 Grad Celsius gedeckelt werden. Viele Inselvölker drängen darauf, einen Wert unter 2 Grad anzustreben, weil sie sonst schon in ihrer Existenz bedroht seien.

Um das Pariser Abkommen umzusetzen, das lediglich eine Selbstverpflichtung der Unterzeichnerstaaten ist, bedarf es einer Reihe von unabdingbaren Maßnahmen, individuell, regional, national und global.

Wir vernachlässigen hier die von einigen Physikern und Ingenieuren vorgeschlagenen Eingriffe ins Ökosystem, führen aber zwei Beispiele von vielen an, um zu zeigen, was ernsthaft erwogen wird. So schlug Edward Teller (1908–2003), der maßgeblich an der Entwicklung der Wasserstoffbombe beteiligt war, vor, mit Hilfe von Raketen Schwefelpartikel (Aerosolen) in die Stratosphäre (zweite Schicht der fünf Schichten der At-

mosphäre, 15 bis 50 km) zu schicken. Dadurch sollte das gefilterte Sonnenlicht eine künstliche Verdunkelung erzeugen. Dies hätte den gleichen Effekt wie ein Vulkanausbruch.

Nach einem anderen Vorschlag sollen im Weltraum große Parabolspiegel installiert werden, die die Sonnenstrahlen teilweise von der Erde ablenken. Dieses sogenannte Geoengineering hört sich zwar wie Science Fiction an, ist es aber nicht. Es ist jedoch insofern unrealistisch, als die Umsetzung Billionen US-Dollar verschlingen würde, die die Staatenwelt nicht aufbringen will.

Neben den Geoengineering-Projekten beschäftigen wir uns auch nicht mit der *Laissez-Faire*-Strategie, die davon ausgeht, dass der Markt es schon richten werde. Hinzu käme die hochentwickelte Ingenieurs-Kunst, der schon immer etwas eingefallen sei.

So bleiben zwei realistische Szenarien, doch noch den Klimawandel zu begrenzen: Anpassung und Vermeidung.

„Die möglichst weitgehende Begrenzung der Klimaänderungen wird als Vermeidung bezeichnet, die möglichst weitgehende Verringerung der Klimaanfälligkeit als Anpassung“ (Rahmstorf/Schellnhuber, 89).

Vermeidung hat mit dem technologischen Fortschritt der Dekarbonisierung, der möglichst raschen Umstellung auf erneuerbare Energien zu tun. Als Übergangslösung kann noch Gas als ein wichtiger Energielieferant akzeptiert werden. Aber auch dieser Energieträger muss bis 2050 von Solarthermie, Windkraft, Photovoltaik, Biogas abgelöst werden. Wenn man sich diese kurze Zeitspanne von gerade mal 30 Jahren vergegenwärtigt,

tigt, bis wir klimaneutral sein sollen, dann entstehen erhebliche Zweifel an der Verwirklichung. Dies nicht zuletzt deshalb, weil das Pariser Abkommen auf Selbstverpflichtung, d. h. auf Freiwilligkeit beruht.

In erster Linie sind die Hauptverursacher neben China die Industrieländer. Von daher sind sie auch in einer besonderen historischen Verantwortung. Ein Großteil ihres Wohlstandes haben sie durch Ausbeutung und auf Kosten des Klimas erworben. Es ist spätestens jetzt an der Zeit, die erworbene Rendite zurückzuzahlen.

Der Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ beträgt in den USA 16 Tonnen pro Jahr, im Deutschland ca. 10 Tonnen und in Indien 2 Tonnen. In den USA, das für ca. 15 Prozent des Weltemissionsausstoßes verantwortlich ist, leben 4,4 Prozent der Weltbevölkerung. Deutschland verantwortet 2 Prozent des weltweiten Ausstoßes bei etwa einem Prozent der Weltbevölkerung. Indien dagegen hat einen Anteil von ca. 18 Prozent der Weltbevölkerung, ist aber nur mit 7 Prozent am CO₂-Ausstoß beteiligt. China, noch mit 19 Prozent das bevölkerungsreichste Land der Welt, ist für 28 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich (vgl. Lati, 180). Kürzlich kündete Staatspräsident Xi Jinping Klimaneutralität Chinas bis 2060 an.

Wenn das Klima noch zu retten sein soll, müssen mindestens zwei Bedingungen erfüllt sein:

„1. Massive Effizienzsteigerungen und Verhaltensveränderungen quer durch den Verbraucherkosmos hin zu sparsamerem Umgang mit Primärenergie und Energiedienstleistungen.

2. Ersatz fossiler durch erneuerbare Energien im Rahmen eines durchgreifenden Strukturwandels“ (Rahmstorf/Schellnhuber, 105).

Wie bereits erwähnt, können diese Bedingungen nur erfüllt werden, wenn eine individuelle, kommunal/regionale, nationale und globale Umkehr des Denkens und Verhaltens erreicht wird.

An wenigen Beispielen will ich dies *paris pro toto* erläutern.

„Unsere Ernährung, vom Acker bis zum Teller, ist für etwa zwanzig, nach manchen Studien sogar bis zu dreißig Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich“ (Wadsack, 104). Zu diesem hohen Wert trägt vor allem bei, wann und wo die Lebensmittel produziert, wie sie transportiert, wie sie verpackt werden, wieviel davon im Müll landen, wie das zu viele Fleisch produziert wird, welche Dünger benutzt werden, woher das Saatgut kommt, ob das Sommergemüse ganzjährig zur Verfügung stehen soll und vieles mehr (vgl. ibid., 104 ff.). Die Nachhaltigkeit im Sinne des Klimas beginnt also beim Einkauf.

Geht man davon aus, dass jeder Mensch auf der Welt 4,8 Tonnen CO₂ in die Atmosphäre pumpt, dann bedeutet dies ca. 36,6 Milliarden Tonnen jährlich. In Deutschland ist der Pro-Kopfverbrauch etwa doppelt so hoch (vgl. Statista/Greenpeace).

Eine ökologische Steuerreform mit der Einführung einer Pro-Kopf-CO₂-Steuer könnte ein Teil der Lösung sein. Für die Hälfte der Menschheit könnte z. B. 50 €/Jahr CO₂-Kopfsteuer eingeführt werden. Dies würden Einnahmen von ca. 190 Milliarden jährlich bedeuten. Die arme Hälfte der Menschheit könnte in mehrfacher Weise davon profitieren. Erstens wäre sie von einer solchen Steuer befreit. Zweitens würde der reiche Teil der

Welt etwas zurückgeben, was er zum Teil auf Kosten des Klimas erwirtschaftet hat. Drittens könnten Teile der 190 Milliarden zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den armen Ländern beitragen oder eine große Alphabetisierungsoffensive gestartet werden. Rechnet man eine weltweite Einführung einer CO₂-Steuer für die Industrie hinzu, so ergäbe sich ein gigantisches Rettungsprogramm nicht nur für das Klima. Das Argument, eine solche Steuer verhindere Wachstum und koste somit Arbeitsplätze, greift nicht. Seit Schweden eine CO₂-Steuer eingeführt hat, ist das jährliche Bruttoinlandsprodukt nicht gesunken, sondern vielmehr gestiegen. Schweden hat mit einer Steuer von 25 €/t begonnen und liegt zurzeit bei 111 €/t. Allerdings hat Schweden andere Steuern dafür gesenkt.

Ein steuerlicher Prokopf-Ansatz kann durch das kommunale und regionale Klimabündnis flankiert werden, das 1990 in Frankfurt gegründet wurde. In der Erklärung zum Klimanotstand verpflichten sich die Gemeinden – z. Zt. gehören 1700 dem Bündnis an – bis 2030 kohlenstofffrei zu werden.

Ein solches Netzwerk sollte aktiv von den Nationalstaaten unterstützt werden. Es ist einfacher, die Menschen vor Ort von der Dramatik des Klimawandels zu überzeugen als im großen nationalen oder gar globalen Raum.

Deutschland nimmt den Klimaschutz zwar ernst, aber nicht ernst genug. Fachkenner kritisieren den späten Ausstieg aus der Kohleverbrennung erst im Jahr 2038. Viel zu spät sagt auch die Jugend. Die Diskussion um den Ausstieg aus der Kohle hat gezeigt, wie stark die ökonomischen Interessen die Entscheidungen der Politik bestimmen. Ohne Rücksicht auf das tiefempfundene Heimatgefühl der Menschen baggert RWE mit Zu-

stimmung der Politik rücksichtslos ihre Dörfer ab. Profit geht vor Heimat. Notwendig wäre dies nicht. Andererseits belegt die Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes vom Oktober 2019 die Ernsthaftigkeit der Bundesregierung, Klimaziele bis 2030 festzuschreiben. Ergänzt wird dieses Gesetz durch die EEG-Novelle 2021, mit der die Bundesregierung zwei zentrale Ziele erreichen will: erstens Treibhausneutralität noch vor 2050 und zweitens 65 Prozent erneuerbarer Energien bis 2030 zu erreichen. Heute liegt der Anteil erneuerbarer Energien an der Netto-Stromerzeugung bei 40 Prozent, etwa gleichauf mit China. Allerdings verbraucht China 13 mal mehr Strom als Deutschland.

China und Deutschland sind zwei Beispiele dafür, wie ernst das „Pariser Klimaabkommen“ zu nehmen ist. Das Hauptproblem dieses ambitionierten Abkommens ist seine Freiwilligkeit. Was nutzt die sakrosankte Souveränität des heutigen Staatsystems, wenn der ganze Planet betroffen ist. Entweder er wird ganz gerettet oder er wird nicht gerettet. Die beiden Klimaforscher Stefan Ramstorf und Hans Joachim Schellnhuber bringen dies auf die Formel der geopolitischen Schizophrenie“:

„Wir beschließen alle gemeinsam, dass jeder selbst beschließt, welchen Beitrag er zum Vorhaben Weltrettung beitragen möchte“ (122).

Genau darin liegt meine Skepsis, ob das Klima noch zu retten ist.

In Hinblick auf die Natur

Der menschliche Umgang mit der unbelebten Natur, mit den Pflanzen und unseren Mitgeschöpfen den Tieren ist geprägt durch ausbeutendes Gewinnstreben, arrogante Überheblichkeit, zerstörende Gefühllosigkeit und viele negativen Eigenschaften mehr. Die spürbaren Folgen des menschlichen Umgangs mit der Natur bündeln sich wie in einem Brennglas in der Klimakrise und in gewisser Weise auch in der Coronakrise. Sie führen uns die Folgen mit aller Wucht vor Augen. Wir befinden uns in einer Systemkrise. Wir müssen unsere Art zu wirtschaften wie unsere Art, die erwirtschafteten Güter und Gewinne zu verteilen, völlig ändern. Vielleicht kann dann die Menschheit noch überleben. Das klingt dramatisch, ist es aber auch. Wenn wir die Klimakrise, ein Symptom für eine weltweite Umweltkrise, noch abwenden wollen, dann müssen wir das System, in dem wir bisher gelebt haben, von Grund auf ändern. Es reicht nicht, an den Symptomen herumzubasteln, nein, nur eine globale revolutionäre Kraftanstrengung kann ein anderes, ein gerechteres, ein überlebensfähigeres System hervorbringen. Damit dies gelingt, müssen wir zunächst Abschied nehmen von unserem bisherigen Fortschrittsglauben und dem Glauben an ein immer weiter fortschreitendes quantitatives Wachstum.

Der immerwährende Fortschrittsglaube, die „Pflicht zum Fortschritt“ (vgl. Markl, 420 ff.) beruht auf Innovation durch Wissen, neuem Können, aber sollte gleichermaßen auf Wertmaßstäben beruhen (vgl. im weiteren: Böttcher/Krawczynski, 98 ff.).

Prüfkriterien, ob Fortschritt im Sinne eines ethischen Fortschreitens der Menschheit ist, sind zukunftssichernde Nachhaltigkeitsmerkmale und Sozialverträglichkeit. Beiden Prüf-

kriterien muss die Entscheidung genügen, eine Innovation umzusetzen. Fortschritt ist eng gebunden an die Quantität und Qualität des Wissens sowie an die Beantwortung der Fragen des Wofür und Wohin des Fortschritts.

Schon Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) hat auf eine Preisfrage der Akademie von Dijon 1749 „Hat der Wiederaufstieg der Wissenschaften und Künste zur Läuterung der Sitten beigetragen?“ eine Antwort gegeben, nämlich: „Unsere Seelen korrumpern in dem Maße, in dem unsere Wissenschaften und Künste fortschreiten zur Vollkommenheit“ (Rousseau, 1987, 37). Im Lichte der Klimakrise stehen wir 270 Jahre später vor derselben Frage, nur mit dem Unterschied, dass die Wissensproduktion sich exponentiell beschleunigt und sich durch Verselbstständigung menschlicher Steuerung entzieht.

Zunächst geht es um die Quantität des Wissens. Als Rousseau den Preis der Akademie gewann, gab es auf der Welt zehn wissenschaftliche Zeitschriften. Die ersten beiden erschienen 1665 in Paris „Journal de savant“ und in London „Philosophical Transactions of the Royal Society of London“. Seit 1750 verzehnfachten sich die Neuerscheinungen alle 50 Jahre (vgl. Solla Price, 1961). Ein Sättigungsgrad ist nicht in Sicht. Bis 1980 steigerte sich die wissenschaftliche und technische Information jährlich um 13 Prozent, also eine Verdoppelung in weniger als 8 Jahren. Heute sind es bis zur Verdoppelung nur Monate. Etwa 60 Prozent aller wissenschaftlichen Informationen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg produziert (vgl. Naisbit, 1984).

Dieses atemberaubende quantitative Wachstum von Wissen ging einher mit einer parallel laufenden qualitativen Veränderung des Wissens während der vergangenen 400 Jahre. Auch

das kann man an einem Datum festmachen. Der Philosoph und Staatsmann Francis Bacon (1561–1626) schreibt 1620 in seinem Buch „Novum Organon Scientiarum“ den viel beachteten und oft zitierten Satz, der 230 Jahre später zum Kampfbegriff der Arbeiterklasse wurde: „Knowledge itself is power“ [Wissen selbst ist Macht] (Bacon, 124). Mit diesem geänderten Bewusstsein in der Geschichte der Wissenschaft, indem Wissen eine neue gesellschaftsrelevante Bedeutung erhält, verändert sich das Wissen selbst.

Die empirisch-analytische Methode am Anfang der Neuzeit öffnet die Tür zur technisch-industriellen Revolution. Ab da erzeugt sich wie in einem Zauber Information selbst und selbstständig.

Durch die Lehre von der Informationsübertragung und Kontrolle bei Maschinen und Lebewesen (Wiener, 1952) und der Abkehr vom mechanischen hin zum zielgerichteten Systemdenken wird der Computer als technische Abbildung dieses Denkansatzes möglich. „Dieser Vorgang schafft die Voraussetzung, auch komplexe natürliche und soziale Systeme und Prozesse zu durchdringen, abzubilden und zu manipulieren. Anders ausgedrückt, es ist die Entwicklungsstufe der Produktivkraft ‚Wissenschaft und Technologie‘, von der aus auch kognitive, sensitive und operative Funktionen des Menschen durch intelligente Technologien erzeugt werden können“ (Kreibich, 13 f.).

Diese schöne neue Welt des alles Machbaren lässt uns orientierungslos zurück. Antworten auf Fragen: „Wie sollen wir uns verhalten? Was sollen wir tun? Wie sollen wir mit der Natur umgehen? Wie wollen wir in Zukunft leben?“ erhalten wir nicht.

Kommen wir zurück auf die Preisfrage von 1749 und ergänzen sie durch einen Gedanken Bertolt Brechts (1899–1956), wenn er im „Leben des Galilei“ den durch die Inquisition Verfolgten nachdenken lässt:

„Ihr möget mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit fort sein“ (Brecht, 677).

Mehr als 220 Jahre nach Rousseau beurteilt Bertolt Brecht die Frage nach dem Verhältnis der wissenschaftlichen Aufklärung des Geistes sowie der Entwicklung des Humanen ähnlich pessimistisch.

Auch Karl Marx (1818–1883) drückt dies in seiner unnachahmlichen Art noch schärfer aus, wenn er schreibt:

„Die Menschheit wird Herr in der Natur, aber der Mensch wird Sklave des Menschen oder Sklave seiner eigenen Niedertracht. Sogar das reine Licht der Wissenschaft kann, so scheint es, nur vor dem dunklen Grund der Unwissenheit strahlen. Das Resultat aller unserer Erfindungen und unseres Fortschritts scheint zu sein, daß materielle Kräfte mit geistigem Leben ausgestattet werden und die menschliche Existenz zu einer materiellen Kraft verdummt“ (zit. b. Schmidt, 7).

Fortschritt wird heute mit technischem Fortschritt, an quantitatives Wachstum gekoppelt. Der naturwissenschaftlich-technische Fortschrittsglaube gaukelt uns vor, Wissenschaft im Ver-

bund mit Technologie sei in der Lage, jedes Problem zu lösen. Diesem Glauben müssen wir einen interdisziplinären, wissenschaftlichen, integrativen Diskurs entgegensetzen. Erstmals seit Galilei, nämlich seit dem Übergang vom magischen zum funktionellen, vom funktionellen zum experimentellen, vom experimentellen zum vernetzt digitalen Denken, stehen wir heute vor einer ähnlichen Situation wie vor 400 Jahren. Wie damals brauchen wir eine neue Qualität des Denkens, ein radikales Umdenken. „Jede Abgrenzung ist die Negation des Ganzen“ (Baruch de Spinoza, 1662–1677). Wenn wir aus den Natur- und Technikwissenschaften Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften ausgrenzen und damit das Leben nicht ganzheitlich betrachten, grenzen wir Moral und Verantwortung aus.

„Eine Wissenschaft, die angeblich Lösungen für die großen Belange anbietet, müsste notwendigerweise alles aufgreifen, was die Erkenntnis in anderen Wissenschaftsbereichen hervorgebracht hat, einschließlich der Philosophie und Soziologie. Das ist aber eine Leistung, die heute nur schwer erbracht werden kann. Deshalb kann man auch keine wirklichen ethischen Horizonte erkennen, auf die man sich beziehen könnte“ (Franziskus, 88).

Die vornehmste Aufgabe jeder Forschung und Entwicklung ist nicht die Gefährdung, sondern die menschenwürdige Erhaltung des Lebens. Zurzeit bewegen wir uns immer mehr auf eine Gefährdung zu.

Zwei Grundvoraussetzungen, aus denen sich weitere Voraussetzungen ergeben, müssen erfüllt sein, wenn die Gefähr-

dung menschlichen Lebens noch abgewendet werden soll. Wir brauchen ein anderes Verhältnis zur Natur und eine moralische Wende.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung und die Natur befinden sich in einer Art Kriegszustand.

Der Sieger steht aber schon fest. Es ist die Natur. Die Natur ist stärker als der Mensch. Sie wird bis zu ihrer physischen Vernichtung durch die Zerstörung der Sonne existieren, ob der Mensch da ist oder nicht. Folgt man dieser Auffassung – widerlegbar ist sie kaum – dann bleibt für den Menschen nur eine Konsequenz, als Teil der Natur sich ein- und unterzuordnen. Der Planet bedarf für seine Existenz nicht des menschlichen Bewusstseins. Sehr wohl aber braucht der Mensch die Natur, um sein Dasein zu gestalten, allerdings nur im Einklang mit ihr. Dies bedeutet, von der Natur mit Verstand ausgestattet, darf er die zur Verfügung gestellten Ressourcen nicht wie bisher überstrapazieren. Er darf nur so viel sich durch Arbeit aneignen, wie die Natur in der Lage ist, sich wieder nachhaltig zu reproduzieren. Die bisherige Ausbeutung der Natur, ohne auf sie Rücksicht zu nehmen, müsste eigentlich sofort beendet werden. Dies bedeutet nicht nur „eine Versöhnung der Menschheit mit der Natur [sondern gleichzeitig] mit sich selbst“.

So richtig dieser Gedanke von Friedrich Engels (1820–1895) ist, so fraglich bleibt, ob die Aussöhnung nur im Sozialismus zu verwirklichen ist (vgl. Engels b. Schmidt, 130).

Wie immer wir das System nennen, in dem eine Aussöhnung des Menschen mit der Natur erreicht wird, entstehen wird es nur, wenn jeder Mensch als gleich viel wert gilt und jeder Mensch nach den gleichen moralischen Grundsätzen lebt. An-

ders ausgedrückt, wenn sich so etwas entwickelt wie eine universale Moralität, eine Moralität gleich gültig und unabhängig von Kulturräumen.

Auf diese universale Moralität hat uns Immanuel Kant schon 1785 in seiner Schrift „Grundlegung der Metaphysik der Sitten“ und in „Kritik der praktischen Vernunft“ von 1788 hingewiesen und einen Weg aufgezeigt.

Im zweiten Abschnitt der Grundlegung formuliert er den kategorischen Imperativ: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde“ (Kant, 215). Ein paar Zeilen weiter führt er ihn fort im „Imperativ der Pflicht“: Handele so, als ob die Maxime deiner Handlung durch deinen Willen zum allgemeinen Naturgesetze werden sollte“ (ibid., 216; ähnlich: 310). Diese beiden Maximen sagen nicht mehr und nicht weniger, als dass alle Menschen gleich sind. Von daher hat auch jeder Mensch das Recht, am guten Leben teilzuhaben.

Daran sehen wir, wie weit wir 2020 von diesen Maximen entfernt sind.

Nehmen wir noch zur näheren Bestimmung den erläuterten Grundsatz hinzu: „Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst“ (ibid., 226). Auch diese Maxime ist nur dann eine gute Idee, wenn nicht ein Mensch, in dem quasi die ganze Menschheit gespiegelt ist, keine Gruppe von Menschen ausgegrenzt wird. Dies bedeutet genau das Gegenteil von jeglichem Eurozentrismus, der nicht erst seit Kant Europas Weg bestimmte und teilweise noch immer bestimmt.

Kant beruft sich auf den Philosophen Christian Wolff (1679–1754), indem er auf dessen „allgemeine praktische Weltweisheit“ hindeutet (vgl. ibid., 177). Worum es also geht, ist die Unterordnung aller Staaten, ja, aller Individuen unter eine universale Moralmaxime zu stellen.

Die Forderung Kants will ich an dieser Stelle ergänzen durch einen Gedanken des jüdischen Philosophen Hans Jonas (1903–1993), der in seinem Buch „Das Prinzip Verantwortung“ warnt:

„Das Wesen menschlichen Handelns habe sich völlig geändert. Erstmals in der Geschichte könne die Menschheit sich selbst und die ganze Erde vernichten“ (Jonas, 35).

Ganz im Sinne Kants, teilweise darüber hinausweisend, mahnt er uns:

„Handle so, daß die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden; oder negativ ausgedrückt: Handle so, daß die Wirkungen deiner Handlungen nicht zerstörerisch sind für die künftige Möglichkeit solchen Lebens; oder einfach: Gefährde nicht die Bedingungen für den indefinitiven Fortbestand der Menschheit auf Erden; oder wieder positiv gewendet: Schließe in deine Wahl die künftige Integrität des Menschen als Mitgegenstand deines Wollens ein“ (Jonas, 36).

Auch das jüngst vorgelegte Buch von Markus Gabriel versteh ich in diesem Kontext, der von der Hoffnung ausgeht, dass

„Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten“ weltweit möglich sei. Obwohl ich seinen Optimismus nicht teile, hoffe ich auch.

Kant hat uns einen Weg aufgezeigt, dass und wie wir zu einer universalen Moralität kommen können. Das Ergebnis ist Egozentrik und internationale Zerstrittenheit. Wenn wir die seit Jahrhunderten rücksichtslose Ausbeutung der Natur beenden und sofort damit beginnen, können wir vielleicht noch die Selbstausrottung der Menschheit verhindern.

